

# Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonnabend. Bestellungen  
nehmen alle Buchhandlungen  
u. Postanstalten an. Pränum. =

Preis für Halle 7½ Sgr.  
für's Vierteljahr; bei den  
Postanstalten und im Buch-  
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

Dr. Hase, J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 6.

Halle, Sonnabend, den 14. October.

1848.

Inhalt: Die Republik, wie sie sein soll, und die deutschen Republikaner, wie sie sind. — Berichtigung. — Die Volksversammlung auf dem Petersberge den 8. October. — Sitzung des Bürgervereins am 11. October 1848. — Anzeige.

## Die Republik, wie sie sein soll, und die deutschen Republikaner, wie sie sind.

Es lebe die Republik! — hört man häufig in den vielen Volksversammlungen, welche in allen Gegenden Deutschlands, nicht zum Vortheil der gesetzlichen Ordnung, gehalten werden. Aber die Republik wird nie leben, wenigstens nicht lange, wenn sie nicht aus dem Leben eines politisch gebildeten Volkes hervorgeht und die lange Unmündigkeit, in welcher die Deutschen von ihren Vormündern und Herren gehalten wurden, scheint keine gute Vorschule zu dieser Durchbildung gewesen zu sein. Wenn man die Leute, welche jenen Ruf am lautesten ertönen lassen, fragt, was sie denn unter Republik verstehen, so ergiebt es sich aus ihren Antworten, daß Niemand weniger in der Welt geeignet ist, die Rolle eines echten Republikaners zu spielen, als gerade jene Schreier.

Der Wortbedeutung nach heißt Republik (res publica) öffentliche Angelegenheit oder ein gesetzlich geordnetes Gemeinwesen, und von einem Republikaner, wie er sein soll, wird unerbittlich thätige Theilnahme an diesem Gemeinwesen oder an dem glücklichen Fortgange der Staatsangelegenheiten gefordert, sollte diese Theilnahme auch durch Entsigung oder Aufopferung des eigenen Wohlbefindens damit bedingt sein. — Wir wissen, welche schwere Opfer die alten Republiken vor ihrer Ausartung von ihren Angehörigen forderten und mit welcher Bereitwilligkeit diese solche Opfer brachten und selbst das Leben nicht achteten, wenn es galt, das Vaterland zu retten. Es kommt aber keine Republik heraus, wenn das Volk alle Polizei verhöhnt und sich in den Abgrund der Gesetzlosigkeit stürzt.

Aber von Opfern wollen unsere Republikaner nichts wissen; sie glauben sich am besten dadurch zu legitimiren, wenn sie sich allen lästigen Staatspflichten entziehen, keine Abgaben mehr zahlen und das Besizthum ihrer

Mitbürger und selbst das des Staates beschädigen und verwüsten oder eine gleiche Theilung des Nationalreichtums verlangen. Die Leiter und Sprecher, welche das Volk über die Regierung und Verwaltung des Staats belehren, sind in der Regel solche Personen, welche ihre eigene Wirthschaft schlecht verwaltet haben.

Also nicht für die Republik, wie sie sein soll, wirken die republikanischen oder demokratischen Vereine, sondern sie arbeiten der Anarchie in die Hände. Die demagogischen Wähler hoffen, wie es scheint, eine glänzende Rolle zu spielen, wenn sie nichts mehr über sich haben, sondern Alles drunter und drüber geht. Sollte ihr Vorhaben gelingen, so würden wir unter dem Namen einer allgemeinen Republik eine allgemeine Anarchie haben und das Ende vom Liede würde eine gewaltsame Reaction gegen die kaum errungene politische Freiheit sein. Denn der in seinem Leben bedrohte verständige Theil des Volkes würde es vorziehen, sich der Gnade eines Gewaltherrschers hinzugeben, als täglich und stündlich der Willkühr des rohen Haufens preisgegeben zu sein; die unumschränkte Pöbelherrschaft würde also die unumschränkte Monarchie wieder zu Ehren bringen. Wenn eins von beiden sein soll, so ist der erleuchtete Despotismus der Fürsten doch besser, als die erleuchtete Tyrannei des Pöbels. So dachten die Engländer, als sie sich im Jahre 1660 dem despotischen Karl II. unbedingte in die Arme warfen, nachdem sie sich an den Süßigkeiten der Cromwellschen Republik den Magen verdorben hatten.

Nein, meine bethörten Landsleute, die ihr auf die Schmeicheleien der sogenannten Volksmänner horcht, ihr werdet noch keine Republik haben, wenn ihr etwa eure Regierung stürzen und eure Führer zu Präsidenten machen wolltet; es würde euch gehen, wie den Fröschen in der Fabel, als sie den ihnen vom Zeus verliehenen Krokodil mit einer Wasserschlange vertauschten. Ihr seid im Irrthum, wenn ihr glaubt, daß in einer Republik Jeder thun könnte, was ihm beliebt: keine Staatsver-

fassung fordert mit solcher eisernen Strenge von dem Staatsbürger Gesetlichkeit und Pflichterfüllung, selbst im Nothfall mit Aufopferung des Lebens, als die republikanische. Wenn man euch sagt, die republikanische sei die wohlfeilste Regierung, so ist das nur wahr, wenn von einem sittlich unverdorbenen, einfachen, oder rauhen Volke die Rede ist, wie etwa die Spartaner waren. Aber bei den jetzigen europäischen Völkern, wo die Auswüchse der Civilisation, der ausschweifende Luxus, die Genuß- und Vergnügungssucht, die Ueppigkeit u. s. w. zu tief gewurzelt sind, als daß sie durch eine einfache Erklärung der republikanischen Strenge weichen sollten, helfen die republikanischen Formen nichts, um die Regierung weniger kostspielig zu machen. Man frage doch die Franzosen, was ihnen ihr Coavent, ihr Wohlfahrtsausschuß, ihr Directorium einst gekostet haben, und mit der Wohlfeilheit ihrer bisherigen provisorischen Regierung steht es auch sehr mißlich; wenn dieselbe, wie berichtet wird, vom 24. Febr. bis 1. Juni 25 Millionen Franks oder 60 Millionen Thaler verbraucht hat, so liefert diese Angabe doch wohl keinen Beweis für die Behauptung unserer Demokraten. Ich dünkte, wir Deutschen wären lange genug die Affen der Franzosen gewesen und sollten einmal aufhören, Alles nachzumachen, was diese uns vorgemacht haben; aber unsere Demagogen geben den sich gerade, wie einst die Jakobiner und Cordeliers und in manchem dieser politischen Fanatiker scheint wirklich etwas von einem Marat oder Robespierre zu stecken. Als wenn wir durchaus nicht durch fremden, sondern nur durch eigenen Schaden klug werden wollten, äffen wir die Thorheiten der Franzosen nach, selbst wenn diese schon davon zurückgekommen sind. So spricht man noch zu dieser Stunde in den Arbeitervereinen von der Pflicht des Staates, die Garantie der Arbeit zu übernehmen, obgleich man in Paris die Erfahrung gemacht hat, daß ein Staat durch die Uebernahme einer solchen Garantie mit Vergendung vieler Millionen nichts Anderes erreichen kann, als eine Schule für Faulenzer und Empörer zu bilden. So könnte ich noch gar Vieles anführen, um den Beweis zu liefern, daß unsere Republikaner Bahnen verfolgen, welche sich in den verschiedenen Revolutionsperioden der Franzosen als sehr gefahrvoll und verderblich erwiesen haben; ich will nur noch das berühren, daß diese Herren unsere Nationalversammlungen gern zu französischen Conventen machen möchten, der alle Gewalten des Staates in sich vereinte und seine übereilten Beschlüsse sogleich vollzog.

Wenn also in Frankreich die Einführung und Erhaltung der Republik sehr viel gekostet hat, nicht bloß an Geld, sondern auch an Blut, so würde dieselbe in Deutschland, wo so viele verzweigte Dynastien zu besitzigen, so viele monarchischgesinnte Volksstämme zu bezwingen, so viele streitende Interessen auszugleichen wären, noch mehr kosten; denn sie könnte nur durch einen verderblichen Bürgerkrieg durchgeführt werden, und der gänzliche Verlust unseres Wohlstandes würde die Folge davon sein.

Im Grunde haben wir schon überall in Deutschland, wenn auch nicht dem Namen, doch der That nach republikanische Verfassungen, d. h. ein Staatswesen, an welchem allen Volksklassen thätige Theilnahme gestattet ist; der Staat, welcher früher eine hinter bureaukratischem Schloß und Riegel verwahrte geheime Sache war, ist eine öffentliche — eine res publica geworden. Ein Staat, wo der Gesamtwille des Volkes sich durch gesetzlich bestimmte Organe aussprechen und geltend machen kann, ist nach seinem Grundprinzip ein republikanischer, und eine auf demokratischen Grundlagen ruhende konstitutionelle Monarchie gibt für die bürgerliche Freiheit bessere Garantien, als eine eigentliche Republik, wo ein Marius und Sylla, ein Cromwell, ein Marat, Danton, Robespierre u. s. w. aufkommen können.

Welche Verfassung man auch aufstellen möge, ein mit der Executivgewalt bekleideter Regent ist immer nöthig, und da liegt immer die Möglichkeit vor, daß dieser Regent, er heiße Fürst oder Präsident, seine Macht mißbrauche, und wo ein solcher Mißbrauch fortgesetzt stattfindet, da ist Despotie. Also schützt auch die Republik nicht immer gegen Despotie, das republikanische Athen z. B. hatte, wie bekannt, einmal sogar 30 Tyrannen. Despotie ist überall, wo ein Sonderwille im Gegensatz zum staatsgesellschaftlichen Gesamtwillen sich geltend macht.

(Beschluß folgt.)

### Berichtigung.

Nachfolgender Artikel war der Halle'schen demokratischen Zeitung zum Abdrucke eingesandt. Da sie denselben, ohneachtet er eine faktische Berichtigung eines früher in dieser Zeitung erschienenen Aufsatzes enthält, nicht angenommen hat, so lassen wir ihn hier folgen.

Die Redaktion.

Herr Redakteur!

In Ihrer „Halle'schen demokratischen Zeitung“ vom 1. October befindet sich eine Correspondenz aus Frankfurt vom 28. September, überschrieben: „Fürst Lichnowski und die Canaille.“ Dieser Artikel giebt vor, „die auf authentischem Wege ermittelten Umstände (der Ermordung) darzulegen und dadurch die Sache in klares Licht zu stellen.“ Er „scheint Ihnen aus guter Quelle herzurühren,“ er enthält in der That die größten Unwahrheiten. Ich fordere Sie deshalb auf, nachstehende Bemerkungen in Ihre Spalten aufzunehmen.

Es ist un wahr, daß der Präsident von Gagern in der Nationalversammlung den Tod Lichnowsky's und Auerswald's als „intendirten Deputirtenmord“ dargestellt hat. Gagern's Worte lauten: „Neue Opfer sind muthwillig und barbarisch hingeschlachtet worden — sie sind auf die niederträchtigste Weise meuchlings ermordet worden.“ Um die Neußerung Gagern's authentisch zu ermitteln, bedurfte es nur eines Blicks auf den stenographischen Bericht der Sitzung vom 19. Septbr.

Es ist un wahr, daß die beiden Abgeordneten ermordet worden sind bei ihrer Rückkehr zu Pferde „vom Diner“ im Landhause der Gräfin von Berg. Die Gräfin von Bergen besitzt kein Landhaus in der bezeichneten Gegend. Nach dem Schluß der Sitzung am 18. Septbr., der gegen zwei Uhr erfolgte, hat Fürst Lichnowsky an der Wirthstafel im englischen Hofe, der General von Auerwald beim Restaurateur Schünemann geessen.

Es ist un wahr, daß die beiden Abgeordneten überhaupt auf der Rückkehr in die Stadt ermordet worden sind. Etwas nach drei Uhr erbat sich Fürst Lichnowsky bei der Hauptwache ein Pferd von dem österreichischen Oberst, Abgeordneten von Mayern, um zum Reichsverweser, welcher außerhalb der Stadt auf einem Landhause in der Bockenheimer Allee wohnt, hinauszureiten. Er wollte den Erzherzog benachrichtigen, daß eine Deputation der linken Seite der Nationalversammlung bei ihm erscheinen werde, um den Rückzug der Truppen zu fordern. Lichnowsky ersuchte den General Auerwald, ihn zu begleiten. Dieser bestieg ein Pferd des Kriegsministers Peuffer. Beim Abschied warnte der Oberst von Mayern den Fürsten, geraden Weges durch das Bockenheimer Thor hinauszureiten. Es seien Häufen von Bewaffneten vor demselben gesehen worden, er möge lieber durch das Eschenheimer Thor vor die Stadt reiten, und von da links auf Seitenpfaden die Bockenheimer Allee zu erreichen suchen. Vom Eschenheimer Thor wandten sich die Reiter indes rechts, statt links. Der Abgeordnete Holly findet den Grund dieser Richtung in einer Aeußerung, die der Fürst Lichnowsky kurz vor dem Begreiten zu ihm gethan: „man will den Reichsverweser durch eine Deputation einschüchtern, man will ihm sagen, daß 10,000 Mann von Hanau im Anzuge seien.“ Hieraus wird geschlossen, daß sich die beiden Abgeordneten zuerst von der Wahrheit dieser Angabe überzeugen, und dann erst zum Reichsverweser reiten wollten.

Es ist un wahr, daß Lichnowsky auf diesem Ritte irgendwo und irgendwann „in lustigem Tone gesagt hat: Ha, mein General, dies (die Gewehrsalven) gilt der Canaille.“ Keiner der Zeugen oder der bis jetzt ermittelten Thäter will auch nur eine entfernt ähnliche Aeußerung gehört haben, die überdies dem Charakter des Fürsten völlig widerspricht. An der von dem Verfasser Ihres Artikels bezeichneten Stelle, welche die Ermordeten übrigens erst im letzten Stadium der Verfolgung und in der umgekehrten Richtung erreichten, war das Gewehrfeuer aus der Stadt schwerlich zu hören, am wenigsten aber vermochten die „neun Bockenheimer“ Threr guten Quelle, die „auf dem Fußweg neben der Esplanade gingen“, das Gespräch der beiden Ermordeten bei „jenem Hausbau“, d. h. in einer Entfernung von 500—600 Schritten zu vernehmen.

Es ist vor allem un wahr, „daß die Ermordeten den Mördern selbst persönlich unbekannt waren.“ Als die beiden Abgeordneten sich dem Friedberger Thor

näherten, wurden in einem zum Theil bewaffneten Hausen die Worte laut: „Sie kommen, sie kommen, das ist Lichnowsky.“ Einige sprangen in die Büsche und die ersten Schüsse auf die Reiter fielen. Als diese hierauf nach dem Allerheiligen-Thor hin fortsprengten, ertönte der Ruf hinterher: „Auf ihn, auf ihn, auf den Volksverräther Lichnowsky!“ Bevor sie jenes Thor erreichten, wurden die Beiden wiederum von Schüssen empfangen, worauf sie nach der Bornheimer Chaussee in vollem Jagd abwendeten und von hier auf Seitenwegen nach dem Friedberger Thor zurückeilten. Sobald sie zwischen den Gärten auf dem Platze vor diesem Thore sichtbar wurden, fielen wiederum zwei Schüsse von dem dort befindlichen Monument her; sie warfen die Pferde noch einmal herum und kamen jetzt endlich in den Gartenweg, der sie vor dem „Hausbau Ihres Correspondenten vorbei“ in das Haus des Gärtners Schmidt führte.

Es war ein Treibjagen auf die beiden Abgeordneten, die überall umstellt waren; gleichzeitig erreichten Häufen von den verschiedensten Seiten her das Haus, wohin jene geflüchtet waren. Ueberall ertönte Lichnowsky's Name, und zum Schlusse der Mordscene richtete einer der Kannibalen noch eine Schmäherei an den Sterbenden.

Es ist un wahr, daß Lichnowsky verlangt hat, „man möge ihn lieber todt schießen,“ es ist un wahr, „daß ihn die wüthende Masse an einen Baum gebunden“ u. s. w.

Da die Erzählung Ihres Artikels abweicht von dem, was hier in Frankfurt wohl bekannt ist, da die Resultate der bisherigen gerichtlichen Untersuchung, sowie die außergerichtlichen Aussagen der Augenzeugen den Angaben Ihres Correspondenten in allen Punkten widersprechen, da dieser trotzdem vorgiebt, „die auf authentischem Wege ermittelten Umstände darzulegen,“ so ist der Verfasser Ihres Artikels von Frankfurt ein Lügner.

Da die erlogenen Angaben Ihres Correspondenten von ihm oder seines Gleichen erfunden sind in der Absicht, den Fürsten Lichnowsky noch im Tode zu infamieren, ihn darzustellen als einen Schlemmer, der üppig und wohlgemuth, mit vollem Magen, auf das Volk schimpfend, zurückkehrt von der unzünftigen Geliebten, die seinen zerrütteten Finanzen aushilft, so ist Ihr Correspondent ein Verläumder.

Da diese verläumderische Darstellung den Zweck hat, den Märtyrertod, welchen der Fürst Lichnowsky für seine Ueberzeugung gestorben ist, zu escamotiren; da diese Darstellung ferner den Zweck hat, den Mord eines Abgeordneten zu beschönigen und zu einer in gewisser Art gerechtfertigten Rache des Volks, welche der Fürst „kopfslos“ und übermüthig provocirt habe, verdrehen und umstempeln: so ist Ihr Correspondent ein Schurke.

Frankfurt, den 3. Octbr.

M. Duncker.

Abgeordneter der Stadt Halle und des Saalkreises.

## Die Volksversammlung auf dem Petersberge den 8. October.

Am Sonntag den 8. d. M. wurde Seitens des Konstitutionellen Vereins des Saalkreises eine Volks-Versammlung auf dem Petersberge abgehalten.

Herr Pastor Tubel eröffnete dieselbe als Ordner indem er einleitend die Grundprincipien des Konstitut. = Vereins entwickelte dahin, daß derselbe festhalte einerseits am Konstitut. Königthum und andererseits an Durchführung Demokratischer Grundsätze im Staats- und Gemeindeleben. Ihm folgte Hr. Prof. Burmeister, welcher in ausführlicher Darstellung die Nothwendigkeit und die Stärke einer deutschen Flotte hervorhob, um nöthigenfalls auswärtigen Feinden, namentlich Rußland, mit Nachdruck auch zur See entgegenzutreten zu können, wobei er schließlich zur Bethätigung an freiwilligen Gaben aufforderte.

Herr Wernecke behandelte die sociale Frage, was insbesondere für die untern Volksklassen als wesentliche Errungenschaft der Neuzeit zu betrachten sei, und entwickelte, daß die Hebung des materiellen Wohles jener Klassen alle Gutgesinnten ohne Ausnahme gegenwärtig befehle und vorzugsweise durch Erleichterung bei Erwerbung eines kleinen Grundbesitzes gefördert werden würde, indem das Besitzthum größeres Anhänglichkeit an Gemeinde und Staat hervorruft.

Herr Pötsche verspöttelte die freiwilligen Sammlungen für die deutsche Flotte und verlangte den Bau derselben vom Staate; letzterer habe aber dazu kein Geld namentlich, da er eine zu große Summe auf die Erhaltung des Heeres, circa 900000 Mann, verwende. (Ein Landmann rief unter fast allgemeinen Beifall dazwischen „dann haben wir's Geld dazu.“) Herr Pötsche forderte die Freigebung und Bewaffnung Polens durch Deutschland, um mit deren Hilfe Rußland bekriegen zu können, schlug ein Bündniß mit Frankreich und Dänemark vor, welches auch die Anschaffung einer deutschen Flotte unnöthig machen würde.

Herr Klopsch dagegen wies auf das treulose und eidbrüchige Verfahren der Polen gegen die preussische Regierung hin, wodurch sie sich jener geforderten Befreiung und Bewaffnung Seitens Deutschlands unwürdig gemacht und hinlänglich bewiesen hätten, daß sie keine Sympathien für Deutschland hegen und von letzteren auch deshalb nicht verdienten. Das Halten einer starken Armee in Deutschland rechtfertigte er sowohl wegen des nothwendigen Schutzes dem Auslande gegenüber, als auch wegen Niederhaltung der anarchischen Zustände im Innern.

Es entspann sich sodann eine längere Debatte zwischen Herrn Pötsche, dem Ordner und Herrn Günther über dies Zustande-kommen der Einheit Deutschlands; Herr Pötsche wollte die einzelnen Staaten mit ihren gesetzgebenden Kammern und besondern diplomatischen Vertretungen sofort aufgehoben wissen, um so eine Einheit Deutschlands zu erzielen. Der Herr Ordner entwickelte, daß die Einheit Deutschlands von einer Seite durch gänzliche Verwischung der einzelnen Staaten angestrebt werde, während man andererseits die besonderen Kräfte und Eigenthümlichkeiten der Einzelstaaten bewahren und zu einem großen Ganzen verschmelzen wolle, welches Letztere allein der natürliche Weg sei. Herr Günther stimmte hierin dem Voredner bei und ergänzte nur denselben darin, daß die Einzelstaaten zu diesem Zwecke die erforderlichen Opfer bringen müßten.

Herr Rawald theilte zuerst den Beschluß der preussischen National-Versammlung, daß das Jagdrecht ohne Entschädigung aufgehoben sei (aber ohne den geringsten Eindruck dadurch hervorgerufen), der Versammlung mit und stellte sodann die Forderung, daß die Nationalversammlungen in Berlin und Frankfurt aufgelöst werden müßten, weil die Wahlen dazu vor sechs Monaten, wo das Volk noch politisch unbewußt gewesen und jene auch indirect geschehen sein, und zeichnet sodann das Bild einer wahren National-Versammlung und wie sie nach seiner Ansicht ihre Aufgabe zu lösen habe.

Nachdem der Ordner noch darauf aufmerksam gemacht, daß jener Forderung gemäß am Ende alle sechs Monate neue Wahlen gefordert werden könnten, um dem immer reifer werdenden politi-

chem Bewußtsein Rechnung zu tragen, wodurch man stets fern vom Ziele bleiben, gewiß aber in anarchische Verwirrung gerathen werde, schloß er die Versammlung.

Dadurch, daß einzelne Mitglieder des Halle'schen Langen-Corps, welche ihre Ankunft bereits früher durch Pistolen-Schüsse verkündet hatten, nach dem Schlusse der in größter Ruhe und Ordnung verlaufenen Volksversammlung bewaffnet erschienen, wurden bedauerens-würdige Excesse herbeigeführt, deren thatsächliche Ermittlung unsererseits den betreffenden Behörden, mit gutem Gewissen überlassen bleibt.

## Der Konstitutionelle Verein des Saalkreises.

## Sitzung des Bürgervereins am 11. October 1848.

Da die Listen des Vereins noch nicht vollständig sind, so soll der provisorische Vorstand noch 14 Tage fortbestehen und durch den Zutritt der Herrn Jonas, Schönemann, Stengel, Heckert und Borsdorf vervollständigt werden. Des Herrn Göbdekes Antrag, den 15. October durch eine Parade der Bürgerwehr zu feiern und das Militair zum Anschluß aufzufordern, ward einstimmig angenommen. — Hierauf hielt Hr. Jakob einen sehr interessanten Vortrag über die Mahl- und Schlachtsteuer und hob namentlich hervor, daß Halle außer 37037 Thlr. königl. Steuer noch 42000 Kommunalsteuer, also gegen 2 1/2 Thlr. auf den Kopf, aufbringen müsse. Weil die indirecte Steuer bei uns so unverhältnißmäßig hoch sei, so könne man sie nicht unter der Bedingung in eine Klassensteuer verwandeln, daß die ganze Summe von 37000 Thlr. aufgebracht werden müsse. Hr. Fuhse verlangte eine Luxussteuer, und Hr. Jakob machte darauf aufmerksam, daß der konstitutionelle Staat wahrscheinlich mehr Geld verbrauchen, aber dasselbe auch zweckmäßiger benutzt werde. Hr. Eckstein beantragte in einer Reihe Sitzungen die neue Gemeindeordnung zu besprechen. Man nahm den Antrag an, übertrug die Vorbereitungen der Commission, welche der Klub zu diesem Zwecke bereits gewählt hatte, Fritsch, Jakob, Friedrich, Wolf, Fuhse, verstärkte sie aber noch durch Hasemann. Auch sollen der ministerielle Entwurf und der der Linken gedruckt und vertheilt werden. Hr. Göbdekes Anfrage, ob der Christmarkt als Jahres- oder Wochenmarkt den Handwerkern am vortheilhaftesten sei, veranlaßte eine lebhafte Debatte. Hr. Heckerts Antrag, statt der 6 hiesigen Jahrmärkte nur 4 abzuhalten, soll in der nächsten Sitzung besprochen werden.

## Konstitutioneller Klub.

Heute, Sonnabend den 14. October wird die Sitzung des Klubs im Saale des Kühlenbrunnens abgehalten.

### Tagesordnung:

- 1) Adresse an die hohe Nationalversammlung zu Berlin wegen Beschleunigung des Verfassungswerkes.
- 2) Verhältniß Preußens zu der Centralgewalt in Bezug auf die Gesandten.
- 3) Berathung über §. 5. der Statuten.

Der Vorstand.

# Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonntags. Bestellungen  
nehmen alle Buchhandlungen  
u. Postanstalten an. Prämium.

Preis für Halle 7½ Sgr.  
für's Vierteljahr; bei den  
Postanstalten und im Buch-  
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

Dr. Hase, J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 6.

Halle, Sonnabend, den 14. October.

1848.

Inhalt: Die Republik, wie sie sein soll, und die deutschen Republikaner, wie sie sind. — Berichtigung. — Die Volksversammlung auf dem Petersberge den 8. October. — Sitzung des Bürgervereins am 11. October 1848. — Anzeige.

## Die Republik, wie sie sein soll, und die deutschen Republikaner, wie sie sind.

Es lebe die Republik! — hört man häufig in den vielen Volksversammlungen, welche in allen Gegenden Deutschlands, nicht zum Vortheil der gesetzlichen Ordnung, gehalten werden. Aber die Republik wird nie leben, wenigstens nicht lange, wenn sie nicht aus dem Leben eines politisch gebildeten Volkes hervorgeht und die lange Unmündigkeit, in welcher die Deutschen von ihren Vormündern und Herren gehalten wurden, scheint keine gute Vorstufe zu dieser Durchbildung gewesen zu sein. Wenn man die Leute, welche jenen Ruf am lautesten ertönen lassen, fragt, was sie denn unter Republik verstehen, so er giebt es sich aus ihren Antworten, daß Niemand weniger in der Welt geeignet ist, die Rolle eines echten Republikaners zu spielen, als gerade jene Schreier.

Der Wortbedeutung nach heißt Republik (res publica) öffentliche Angelegenheit oder ein gesetzlich geordnetes Gemeinwesen, und von einem Republikaner, wie er sein soll, wird unerbittlich thätige Theilnahme an diesem Gemeinwesen oder an dem glücklichen Fortgange der Staatsangelegenheiten gefordert, sollte diese Theilnahme auch durch Entagung oder Aufopferung des eigenen Wohlbefindens damit bedingt sein. — Wir wissen, welche schwere Opfer die alten Republiken vor ihrer Ausartung von ihren Angehörigen forderten und mit welcher Bereitwilligkeit diese solche Opfer brachten und selbst das Leben nicht achteten, wenn es galt, das Vaterland zu retten. Es kommt aber keine Republik heraus, wenn das Volk alle Polizei verhöhnt und sich in den Abgrund der Gesetzlosigkeit stürzt.

Aber von Opfern wollen unsere Republikaner nichts wissen; sie glauben sich am besten dadurch zu legitimiren, wenn sie sich allen lästigen Staatspflichten entziehen, keine Abgaben mehr zahlen und das Besizthum ihrer

Mitbürger und selbst das des Staates beschädigen und verwüsten oder eine gleiche Theilung des Nationalreichtums verlangen. Die Leiter und Sprecher, welche das Volk über die Regierung und Verwaltung des Staats belehren, sind in der Regel solche Personen, welche ihre eigene Wirthschaft schlecht verwaltet haben.

Also nicht für die Republik, wie sie sein soll, wirken die republikanischen oder demokratischen Vereine, sondern sie arbeiten der Anarchie in die Hände. Die demagogischen Wühler hoffen, wie es scheint, eine glänzende Rolle zu spielen, wenn sie nichts mehr über sich haben, sondern Alles drunter und drüber geht. Sollte ihr Vorhaben gelingen, so würden wir unter dem Namen einer allgemeinen Republik eine allgemeine Anarchie haben und das Ende vom Liede würde eine gewaltsame Reaction gegen die kaum errungene politische Freiheit sein. Denn der in seinem Leben bedrohte verständige Theil des Volkes würde eines Gewaltherrschers stündlich der Willkühr des zu sein; die unumschränkte Monarchie. Wenn eins von beiden so Despotismus der Fürsten und Tyrannie des Pöbels. So sie sich im Jahre 1660 bedingt in die Arme war Süßigkeiten der Cromwell verdorben hatten.

Nein, meine bethörte Schmeicheleien der sogenannten Republikaner werden noch keine Republik regieren stürzen und euch den Fabel, als sie den ihre König mit einer Wasserscheide im Irthum, wenn ihr jeder thun könnte, was

